



Suchergebnisse: Gleichstellung

21. April 1826 – Die Synagoge in der Westenriederstraße wird eingeweiht

München-Angerviertel * König Ludwig I. und Königin Therese nehmen an der Einweihung der Münchner Synagoge in der Theaterstraße teil. Auch höchste Hof- und Staatsbeamte nehmen an der Zeremonie teil und machen die Einweihung zu einem außergewöhnlichen gesellschaftlichen Ereignis. Der klassizistische Synagogenbau hat 160 Männer- und Frauenplätze. Mit der Eröffnung des Gotteshauses erreicht die jüdische Gemeinde nach Jahrhunderten der Rechtlosigkeit, Ausgrenzung und Verfolgung eine erste wichtige Etappe auf dem langen Weg zur angestrebten Gleichstellung mit den christlichen Bürgerinnen und Bürgern Münchens. Trotz dieses Fortschritts gelten Juden weiterhin nicht als gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft. Sie unterliegen nach wie vor zahlreichen Einschränkungen – etwa im Berufsleben oder durch Niederlassungsbeschränkungen für ihre Kinder. Zudem werden sie von den staatlichen Behörden misstrauisch beobachtet und von vielen Mitbürgern noch immer als fremd und unerwünscht wahrgenommen. Das Ereignis des Tages führt auch dazu, dass die israelitische Gemeinde an hundert christliche Mitbürger je zwei Pfund Fleisch, zwei Mass Bier und Brot spendet.

22. April 1871 – Gleichberechtigung der Konfessionen auch in Bayern

Deutsches Reich * Das bislang nur im Norddeutschen Bund geltende Gesetz „betreffend die Gleichberechtigung der Konfessionen in bürgerlicher und staatsbürgerlicher Beziehung“ wird auf das Königreich Bayern und die übrigen neu zum Deutschen Reich gehörenden Staaten ausgedehnt. Damit gilt die rechtliche Gleichstellung der Juden im gesamten Deutschen Reich.

Dezember 1891 – Angriffe auf die rechtliche Gleichstellung der Juden

München * Der „Deutsch-Soziale Verein“ verlangt die Aufhebung des Emanzipationsgesetzes von 1869, das die rechtliche Gleichstellung der jüdischen Bevölkerung festgeschrieben hatte. Zudem fordert er eine Beschränkung der Gewerbefreiheit, die Einführung von Befähigungsnachweisen sowie Maßnahmen gegen neue Vertriebsformen, insbesondere gegen die aufkommenden Warenhäuser, die nach Ansicht des Vereins den örtlichen Einzelhandel und das traditionelle Handwerk gefährden.



5. April 1919 – Weitreichende Forderungen der Soldaten

München-Maxvorstadt * Die Soldaten des 1. Infanterie-Regiments beschließen die Umbenennung der Marsfeld-Kaserne in Kurt-Eisner-Kaserne. Sie fordern vom Zentralrat die sofortige Proklamierung der Räterepublik, wollen als erstes Regiment der zu bildenden Roten Armee geführt werden, fordern die Aufhebung der Offiziersvorrechte, die sofortige Einstellung der Gehaltszahlungen an Offiziere, eine Neuregelung des Mannschaftsversorgungsgesetzes unter Gleichstellung mit den Offizieren und keine Entlassung der Soldaten, bevor nicht ausreichend Arbeitsstellen geschaffen sind. Das 2. Infanterie-Regiment benennt seine Kaserne an der Lothstraße in Karl-Liebke-Kaserne um.

21. Mai 2026 – Die Gleichstellungsstelle will „Skandal um Rosie“ verbieten

Erlangen * Die Gleichstellungsstelle der Stadt Erlangen empfiehlt den Wirten der Bergkirchweih, zwölf Lieder mit aus Sicht der Gleichstellungsstelle problematischen oder diskriminierenden Inhalten nicht zu spielen – darunter ist auch „Skandal um Rosie“ der Spider Murphy Gang. Die Empfehlung der Erlanger Gleichstellungsstelle wirkt bemerkenswert paradox und geschichtsvergessen. Denn gerade dieses Lied entstand als satirischer Kommentar auf eine besonders strenge und moralisch aufgeladene Politik der frühen 1980er-Jahre. Was früher als übertriebene Sittenstrenge galt, erscheint heute in neuer Form zurückzukehren: Nicht mehr konservative Moralwächter entscheiden, was als anstößig gilt, sondern Teile einer modernen Sensibilitätskultur. Das Ergebnis ähnelt sich jedoch erstaunlich. Wieder werden Kunst und Musik vor allem danach bewertet, ob einzelne Begriffe oder Inhalte Anstoß erregen könnten.
